



## Antrag

der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke

### **Rücknahme der unangemessenen Konsequenzen aus dem Lehrerstreik**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hält die vorgenommenen harten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Lehrerstreik am 3. Juni 2010 für unangemessen und fordert die Landesregierung auf, Entscheidungen, die die Laufbahn von Lehrkräften betreffen, umgehend rückgängig zu machen.

#### Begründung

Beamtenrechtlich ist es nicht erlaubt zu streiken. Viele der verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer, die sich am 3. Juni entschieden haben, während der Unterrichtszeit zu streiken, haben mit Konsequenzen gerechnet. Die Lehrkräfte sind dennoch auf die Straße gegangen, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Die Gehaltskürzungen haben darum auch nicht zu einem Aufschrei geführt, sondern wurden weitgehend akzeptiert. Anders sieht dies bei den personellen Konsequenzen aus. Es ist völlig überzogen, gestandenen Lehr- und Führungskräften mit jahrelanger Berufserfahrung aufgrund eines dreistündigen Streiks die Befähigung für eine Leitungsposition abzusprechen.

Ein Lehrer, der jahrelang eine Hauptschule und probeweise eine Gemeinschaftsschule geleitet hat, scheint dem Minister plötzlich ungeeignet, dieselbe Schule auch langfristig zu leiten. Eine Lehrerin, die erst nach dem Streik vom Schulleiterwahlausschuss gewählt wurde, soll nun die Schulleitung verwehrt werden, obwohl offenbar Schulaufsicht und die Vertretungen von Schule und Kommunalpolitik keine Probleme sahen.

An diesen beiden Fällen wird beispielhaft deutlich: Es geht nicht um die wirkliche Eignung der beiden gestandenen Lehrkräfte, es soll ein Exempel statuiert werden. Hier werden wenige exemplarisch für die vielen Lehrkräfte bestraft, die am 3. Juni demonstriert haben. Hier werden wenige exemplarisch bestraft, um Lehrkräfte, aber auch Polizistinnen, Polizisten und andere Verbeamtete von vorneherein eine Marschrichtung für die Spardebatten im kommenden Herbst vorzugeben.

Welche Führungskräfte sind in unserer Schule gefragt? Was heißt es, Verantwortung für unsere Schulen zu übernehmen?

Die Lehrkräfte haben Ihren Streik als einen Akt des zivilen Ungehorsams beschrieben. Sie wollen deutlich machen, dass sie vielfach am Rande der Belastung angekommen sind.

Die Frage ist, inwieweit die Regierung ihrer Verantwortung und Treuepflicht nachkommt, wenn in nicht einmal einem Jahr verschiedene Versprechen der Regierung gebrochen werden. So war versprochen worden, die Schulen zur Ruhe kommen zu lassen. So war versprochen worden, den Anteil der Bildungsausgaben bundesweit in den kommenden Jahren auf zehn Prozent zu steigern. So war versprochen worden, einen Teil der demografischen Rendite aus dem Schülerrückgang den Schulen zu lassen. Stattdessen sorgt der Minister für Unruhe, das Zehn-Prozent-Ziel wird auf Initiative von Hessen und Schleswig-Holstein eingefroren und bis 2010 sollen mehr Lehrkräfte eingespart werden, als aufgrund des demografischen Wandels angemessen wäre.

Wer von Treuepflicht spricht, wer an die Verantwortung appelliert, sollte einen Schritt zur Seite treten und sich fragen, ob er selber diesen Maßstäben gerecht wird.

Vertrauensbildend sind diese Strafmaßnahmen auf keinen Fall, die Schulen werden sich weiter vom Ministerium abwenden und das ist fatal.

Anke Erdmann  
und Fraktion

Antje Jansen  
und Fraktion